

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 848 pbbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Cornelie Sonntag MdB  
zur Ausweitung der  
CDU-Kampagne gegen  
die Lohnfortzahlung:  
Generalangriff auf un-  
ser soziales Siche-  
rungssystem.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB  
zur Wahl des bisher-  
gen Oppositionspoliti-  
kers Tschisikedi zum  
Ministerpräsidenten:  
Neue Hoffnung für den  
Demokratieprozeß in  
Zaire.

Seite 2

### Dokumentation

Die Älteren entschei-  
den zunehmend über  
die Mehrheitsfähigkeit -  
dies hat eine Kommis-  
sion beim SPD-Partei-  
vorstand in einem The-  
senpapier festgestellt,  
das wir im Wortlaut  
veröffentlichen.

Seite 3

47. Jahrgang / 158

19. August 1992

### Generalangriff auf unser soziales Sicherungssystem Zur Ausweitung der CDU-Kampagne gegen die Lohnfortzahlung

Von Cornelie Sonntag MdB  
Sprecherin des SPD-Parteivorstandes

Die CDU bläst zum Generalangriff auf ein Kernstück unseres sozialen Sicherungssystems, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Mit seinen jüngsten Äußerungen hat der Vorsitzende der CDU-Grundsatzkommission, Reinhard Göhner, endgültig die Katze aus dem Sack gelassen: Wenn er tatsächlich - auch unabhängig von der Diskussion um die Pflegeversicherung - die Lohnfortzahlung aushöhlen will, entlarvt er zugleich die wahren Absichten der "Systemveränderer": Es geht ihnen nicht mehr allein um die Finanzierung der Pflegeversicherung. Es geht auch nicht um einen "Umbau" des Sozialstaats, wie Göhner es nennt. Es geht um einen dreisten Eingriff in Rechte, die sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in langen und zermürbenden Auseinandersetzungen erkämpft, gesetzlich verankert und tariflich abgesichert haben. Es geht außerdem um eine populistische Kampagne gegen das angebliche "Krankfeiern". Beides stößt auf den entschiedenen Widerstand der SPD.

Geradezu abenteuerlich ist die These, man könne auch in bestehende Tarifverträge "ohne weiteres" eingreifen, wenn dies im Interesse des Gemeinwohls geboten sei. Denjenigen, die in der Sozialpolitik die Uhren zurückstellen wollen, ins Stammbuch: Karentage dienen nicht dem Gemeinwohl. Die Einführung der Pflegeversicherung einseitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubürden, widerspricht dem Prinzip der Verantwortung in der Solidargemeinschaft. Und hohe Krankheitsstände senkt man nicht durch eine Diffamierung der Kranken, sondern durch menschliche Arbeitsbedingungen und ein gutes Betriebsklima.

(-/19. August 1992/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

\*\*\*\*\*

Kemföngiger Umgezung  
mit unntwärtiger Rohstoffliefer  
Kawelina-Panzer



### **Neue Hoffnung für den Demokratieprozeß in Zaire**

**Zur Wahl des bisherigen Oppositionspolitikers Tschisikedi zum Ministerpräsidenten des afrikanischen Landes**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

Im Machtkampf zwischen der im Mai 1992 nach längeren Unterbrechungen wieder zusammengetretenen Nationalkonferenz und dem zairischen Präsidenten Mobutu hat sich jetzt in einer zentralen Frage die Nationalkonferenz durchgesetzt. Sie hat mit überwältigender Mehrheit den bisherigen Oppositionspolitiker Etinne Tschisikedi zum Übergangs-Ministerpräsidenten gewählt. Diese Wahl ist von der zairischen Bevölkerung, in der Tschisikedi großes Vertrauen genießt, mit breiter Zustimmung aufgenommen worden. Sie ist ein wichtiger Schritt für den Demokratieprozeß in Zaire. Die SPD begrüßt die Entscheidung der Nationalkonferenz und fordert insbesondere den Staatspräsidenten Mobutu auf, diese Entscheidung zu akzeptieren. Tschisikedi und Mobutu sind seit längerem entschiedene politische Gegner.

Tschisikedi war schon einmal im Oktober 1991 Ministerpräsident. Er war seinerzeit auf öffentlichen Druck von Mobutu, der ihn nicht wollte, bestellt worden. Schon kurz danach kam es aber zum Bruch zwischen dem Demokraten Tschisikedi und dem bisherigen Diktator Mobutu, weil keinerlei politische Übereinstimmung erzielt werden konnte. Mobutu wollte seine diktatorische Machtfülle erhalten. Dafür ließ sich Tschisikedi aber nicht mißbrauchen.

Leider ließ sich nach ihm der liberale Oppositionspolitiker Jean Nguz a Karl-I-Bond, nachdem ihn Mobutu zum Ministerpräsidenten ernannt hatte, von Mobutu zu dessen Machterhalt mißbrauchen. Karl-I-Bond gelang es nicht, neben Mobutu eine eigenständige politische Rolle zu spielen und den Demokratisierungsprozeß voranzubringen.

Nach seiner Wahl versprach Etinne Tschisikedi, als Ministerpräsident Demokratie und Versöhnung für Zaire zu erreichen. Der Reformler Tschisikedi, den man als Sozialdemokraten bezeichnen kann, ist Kandidat der Oppositionsallianz "Heilige Union" ("Union Sacree"). Er will eine Übergangsregierung ernennen. Tschisikedi sprach sich auch für die Wahl eines "Hohen Rat der Republik" durch die Nationalkonferenz aus, der in der Übergangszeit bis zu Neuwahlen legislative Funktionen wahrnehmen soll. Als Vorsitzender schlug er den jetzigen Vorsitzenden der Nationalkonferenz, Erzbischof Monsengwo Pasinya vor. Nach dem Vorbild anderer afrikanischer Demokratisierungsprozesse soll dieser Hohe Rat auch oberste Instanz zur Überwachung des Demokratisierungsprozesses sein. Übergangsregierung und der Hohe Rat sollen bis zu freien Wahlen arbeiten und den Demokratisierungsprozeß zum Erfolg.

Dies würde zur Folge haben, daß Mobutus Funktionen als Staatspräsident auf überwiegend repräsentative Funktionen beschränkt würden. Es bestehen Zweifel, ob Mobutu das widerstandslos hinnehmen würde. Berichten zufolge versprach Staatspräsident Mobutu Sese Seko einmal mehr, den demokratischen Wandel in Zaire zu unterstützen. Bisher hat Mobutu eine ausgesprochen negative Rolle im Demokratisierungsprozeß in Zaire gespielt. Aus diesem Grund sind die Zusicherungen Mobutus, den Demokratisierungsprozeß in Zaire zu unterstützen, mit Vorsicht zu genießen. Der seit 1965 herrschende Mobutu hat die Arbeit der Nationalkonferenz immer wieder behindert und unterbrochen.

Die Lage in Zaire bleibt gespannt. Es ist zu hoffen, daß die Reformkräfte in Zaire damit nunmehr einen nachhaltigen Erfolg gegenüber den Reformgegnern und dem Mobutu-Regime errungen haben. Der weitere Weg Tschisikedis ist schwierig. Es geht darum, einen Kompromiß mit dem Ziel zu finden, daß Mobutu der Erarbeitung einer neuen Verfassung, der Gründung neuer Parteien, der Presse- und Meinungsfreiheit, der Verabschiedung eines Wahlgesetzes und der Abhaltung freier (zuerst) Parlamentswahlen und dann Präsidentschaftswahlen nicht länger im Wege steht. Dafür sind Zugeständnisse an Mobutu notwendig, die aber nicht die

Glaubwürdigkeit Tschisikedis und einer neuen Demokratie in Zaire innenpolitisch und außenpolitisch in Frage stellen dürfen.

Mobutu spekuliert nun, daß die nun bevorstehenden freien und demokratischen Wahlen in nächster Zukunft durchgeführt werden, weil er dies für einen großen Vorteil für sich sieht. Er setzt darauf, daß er dabei auf seine bisherigen Machtstrukturen zurückgreifen kann, während die Opposition ihre neuen Strukturen noch aufbauen muß. Ich glaube, daß sich Mobutu täuschen wird. Außer in seinem Stamm besitzt er keinen politischen Rückhalt mehr, auch nicht im Ausland.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, alle Möglichkeiten zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Zaire auszuschöpfen. Dazu sollte auch eine baldige Einladung an den neugewählten Ministerpräsidenten Tschisikedi gehören, um mit ihm direkt Möglichkeiten der Unterstützung zu besprechen. Zaire ist in Afrika ein großes und wichtiges Land.

Die Bundesregierung sollte auch auf EG-Ebene Initiative werden, um gemeinsame Anstrengungen zur Unterstützung des Demokratieprozesses in Zaire jetzt einzuleiten. Deutschland und die EG dürfen den jetzigen offensichtlich günstigen Zeitpunkt für eine massive und kurzfristig einsetzende Unterstützung dieses Prozesses nicht versäumen.

(-/19. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Die Älteren entscheiden zunehmend über die Mehrheitsfähigkeit**

Die Kommission demographischer Wandel/Seniorenpolitik beim SPD-Parteivorstand (Vorsitz: Hans-Ulrich Klose) hat zehn Thesen zur "SPD 2000"-Debatte beschlossen. Der Wortlaut:

1. Der möglichst dauerhafte Gewinn jüngerer Menschen ist für eine Volkspartei wichtig, ja unverzichtbar. Allerdings: nicht sie, sondern die Älteren entscheiden zunehmend über die Mehrheitsfähigkeit in der Gesellschaft. Der demographische Wandel wird mittelfristig unsere Gesellschaft einschneidend und nachhaltig verändern.
2. Mit dem Deutungsmuster "Überalterung" wird unsere Bevölkerungsentwicklung weithin - auch aus Mangel an Erfahrungen - negativ interpretiert. Derartige Bilder können sich gesellschaftlich als Hemmschuh erweisen. Nur der wird erfolgreich gestalten können, der positive Leitbilder entwickelt und zur Grundlage seines Handelns macht.
3. Die Alterung der Gesellschaft macht vor den großen Organisationen nicht halt, sondern sie findet dort noch beschleunigt statt. Die Senioren sind de facto der sozialdemokratische Parteinachwuchs der 90er und folgenden Jahre. Es spricht einiges dafür, daß sie als Großgruppe frischen Wind in die SPD bringen werden, so wie in den 70er und 80er Jahren andere Personengruppen.
4. Auch ein hohes Lebensalter prägt heute nicht mehr in traditioneller Weise Orientierungen und Lebensführung. Die Werte Sicherheit und Geborgenheit behalten einen hohen Stellenwert für die sozialdemokratische Seniorenarbeit. Neben sie treten zunehmend Wertsetzungen wie Selbständigkeit, Lebensgenuß, Selbstverwirklichung. Dies hat Konsequenzen sowohl für den Dialog mit den Bürger/innen als auch für den Umgang mit den eigenen älteren Mitgliedern.
5. Das offensive Deutungsmuster "aktiv neue Ältere" bezieht sich ausdrücklich auf eine längere aktive Ruhestandsphase, auf ein umfassendes Erfahrungs- und Wissenspotential, auf deutlich bessere Gesundheit und veränderte Wertorientierungen sowie Lebensstile.

Das notwendige Zusammenwirken der Generationen in der Partei halten wir primär über Themenorientierungen und gemeinsame Projekte für möglich. Die gemeinsame Bezugsgröße heißt Lebensqualität.

6. In der SPD melden sich die aktiven neuen Alten verstärkt zu Wort. Sie bilden mit ihrem Aktivitätsverständnis und mit ihren Aktivitätsmustern ein Kapital der Partei. Sie sind ein Plusfaktor. Zu Recht fordern sie mehr innerparteiliche Beteiligungsmöglichkeiten und programmatische Berücksichtigung ein.

Die neue Parteistudie belegt: einerseits werden Wahlkampfengagement, Aktivität in Arbeitskreisen sowie sonstige Ortsvereinsfunktionen überproportional von den Älteren erfüllt, auf der anderen Seite ist ihre Repräsentanz in Ämtern und Mandaten unterproportional. Erforderlich sind deutliche Signale, auch nach außen, daß wir um neue Mandats- und Funktionsträger aus Vorruhestand und Ruhestand werben.

7. Viele Ältere sind bereit, sich zu engagieren und ihren Ruhestand produktiv zu gestalten. Sie sind potentielle Träger eines neuen Organisationskerns der SPD.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß eine Zwei-Drittel-Mehrheit der SPD-Mitglieder und der SPD-Funktionäre die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft als angemessenen organisatorischen Ausdruck der neuen sozialdemokratischen Altenkultur sieht. Die laufenden Modellversuche sollen noch in diesem Jahr in einem ersten Schritt ausgewertet werden.

8. Unser sozialdemokratisches "Zukunftsbündnis mit den Älteren" ist die Antwort auf die veränderten und sich weiter stark verändernden Quantitäten und Qualitäten in der Bevölkerung. Wir setzen auf die Handlungspotentiale der Älteren als Mitglieder und Aktivbürger und wollen diese Potentiale gleichermaßen bewußt fördern und fordern. Wir wissen, daß in der sozialdemokratischen Seniorenarbeit neue attraktive Veranstaltungs- und Aktionsformen erfolgreich praktiziert werden (Seniorentage, Informations-Busse, Senioren-Pressekonferenzen, Bodenzeitungen etc.), die für die SPD vorbildhaft sind.

9. Das Projekt Zukunftsbündnis umfaßt drei miteinander zusammenhängende aber operativ zu unterscheidende Ebenen:

- Die Politik von den Älteren - gemeint ist Partizipation und Qualifikationen der Älteren. Sie zielt auf Selbstorganisation und Selbsthilfe innerhalb der Organisation und will die ältere Bevölkerung erreichen. Hier geht es primär um angemessene Organisations- und Aktionsformen.
- Die Politik für die Älteren, über das in der SPD traditionell verankerte sozialpolitische Engagement hinaus. Unterschiedlich akzentuierte inhaltliche Erwartungen gibt es sowohl bei den Älteren als auch in dem weiten Feld der großen Verbände, Institutionen etc.
- Die Politik mit den Älteren entwickelt programmatische Impulse für gesellschaftliche Umbauperspektiven und zentrale Gestaltungsaufgaben, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben (Wirtschaft, soziale Sicherungssysteme, gesellschaftliche Leitbilder).

10. Das integrative Dach für das Projekt "Zukunftsbündnis" ist die "Zukunftssicherung für eine älter werdende Gesellschaft". Zu diesem Thema wird es auf Antrag der SPD eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages geben.

Die SPD hat die Chance, mit diesem Projekt Weitsicht und Kompetenz zu beweisen.

(-/19. August 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*